

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 22 – 1. 12. 2012

werner langen + herbert reul: malta-bus + Shale-Gas + jülich plant hochtemperaturbatterien + vci: nur 90 von 1600 betrieben haben strom-privilegien + tschechen und briten planen ein jahrhundert kernkraft + technik-elite frankreichs verteidigt kkws

Europa in seiner größten Krise, ContraSalon vor seinem 5. Geburtstag **Endlos zankend rutscht Europas politische Klasse in den seit 1918 bekannten Sackgassen**

Am 22. November bot die Konrad-Adenauer-Stiftung im historischen Hotel auf dem Petersberg bei Bonn über fünf Stunden Rückblick auf die Europapolitik in der Ära Kohl. Vor allem die deutsch-französischen Beziehungen auf dem Weg zu einem neuen Europa wurden seziert. Etliche neu-historische Unwahrheiten wurden widerlegt, - mediale, parteiliche und pseudowissenschaftliche. Die hochkarätige Veranstaltung, deren Themen alle verständlich und nicht zu akademisch präsentiert wurden, passte glänzend in die gegenwärtige Debatte der EU, welche zu oft nur diffus zwischen hochwichtigen Strukturfragen und britischen **No**-Aufführungen à la Thatcher oszilliert.



Helmut Kohl und Francois Mitterrand
in Verdun

Höhepunkte: Referenten, die vor und nach 1989 unmittelbar „dabei“ waren, boten Übersicht wie Detail: **Joachim Bitterlich, Jürgen Hartmann** und **Ulrike Guérot**. Sie konnten deshalb souverän darlegen, dass Medien und einige Professoren z.B die Unwahrheit verbreiten, wenn sie behaupten, Kanzler **Helmut Kohl** habe die D'mark „hingegen, damit **Mitterrand** der Wiedervereinigung zustimmte“. Das geht inzwischen so weit, dass europäische Konferenzbeschlüsse zu Gunsten der Einheitswährung, wenn sie schon Jahre **vor** der Wende erfolgten, aus Fernseh-Manuskripten entfernt werden. Ganz zu schweigen von Verfälschungen der Haltung **François Mitterrands** unmittelbar nach der Wende.

Fast alle Redner-Aussagen und Kritiken gingen in diese Richtungen: 1. Das Interesse in Frankreich für Deutschland sackt immer tiefer ab, in der Gegenrichtung läuft es oft noch schwächer. 2. Kluge deutsche Politiker pochen noch immer nicht stur auf Parität. Sie wissen auch heute, dass es noch Wichtigeres als Souveränität gibt. 3. Frankreichs Wirtschaft schwächelt, phantasievollere Kooperationen wären dringend nötig.

Die Adenauer-Gäste in der bis zum letzten Platz gefüllten größten Halle auf dem Petersberg bewiesen in Gesprächen, dass sehr viele CDU-Mitglieder oder Wähler nach wie vor an wahrheitsgetreuen Vorträgen oder Büchern über die deutsche Politik in Europa interessiert sind. Viele Mitglieder des **Bundestages und der Landtage** unterschätzen diesen Faktor. Mancher erfährt z.B. höchstens noch aus der FAZ, ein hoher Diplomat sei mit einer Französin verheiratet - was sein Denken mit prägt, oder dass manche Mitglieder des Europäischen Parlaments mehr Staatschefs und Regierungsmitglieder von EU-Staaten öfter sehen als ihre Parteifreunde aus Berlin, oder dass außerhalb der europäischen „Gipfel“ die wichtigsten politischen Probleme zwischen Premiers diskret und „informell“ gelöst werden – ohne Drähtchen zum „Spiegel“. Als z.B. Angela Merkel einen französischen Spitzenpolitiker offiziell und vor Kameras „kennen lernte“, war sie ihm schon längst im Führungskreis der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) in Brüssel begegnet.

Nur eine kleine Anmerkung in meiner Eigenschaft als Biograf von **Robert Schuman**. Über den Pariser Brückenbauer, dem wir schon 1950 die **MON-TANUNION** als erste Stufe der Integration verdanken, nicht etwa de Gaulle, wird immer wieder verbreitet, er habe 1940 der französischen Regierung des mit Hitler kollaborierenden Marschalls Pétain angehört. Wahr ist, dass Schuman in seinem südfranzösischen Versteck im Juli 1940 erfuhr, Pétain habe ihn und andere „im Moment nicht erreichbare Leute“ auf eine provisorische Liste gesetzt. Ich habe seinen „NO“-Brief gesehen, den er wenige Tage später persönlich nach Vichy brachte, bevor er untertauchte und für die „Résistance“ eintrat. Charles de



Robert Schuman 1950

Gaulle wusste es! Die falsche Schuman-Geschichte stammt von Sozialisten, die den Einfluss des Papstes auf Europa fürchteten. Lächerlich, doch wahr. Oder dass Europa ohne Johannes Paul II keine Wende erlebt hätte, wird von keiner Mehrheit akzeptiert.

Joachim Bitterlich, mit dem ich in Bonn oft und gern zu tun hatte, sagte mir, auch er stoße immer wieder „auf Leute, die behaupten, de Gaulle habe an ein *Europa der Vaterländer*“ geglaubt: „Und genau dies hat er nie gesagt.“ In seinen Memoiren wiederholte de Gaulle, sein angeblicher Ausdruck wecke Emotionen, und deshalb halte er ihn samt Inhalt für falsch.

WICHTIG: Die Adenauer-Stiftung hat am 22.11. mitgeteilt, dass die o.g. Vorträge gedruckt werden, und zwar einer Reihe. Wissenschaftliche Konzepte wie jenes vom 22.Nov. entwickelte dafür in der KAS Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters.

Rufen Sie nach einer Weile Frau Kerstin Klenovsky in der Stiftung an: 02241 – 246 - 2241

WERKSTATT EUROPA

Die Europaabgeordneten Herbert Reul und Werner Langen zeigten Weitblick



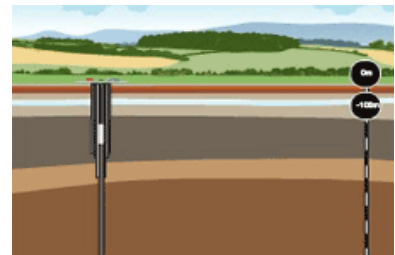
, Werner Langen + Herbert Reul

Herbert Reul ist Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europaparlaments, Dr. Werner Langen ist sein Vorgänger. In Brüssel und Straßburg ist dafür gesorgt, dass ihre Blicke auch über Europa hinaus gehen. Reul ficht wie eine Straßburger Parlamentsmehrheit für vernünftigen statt ideologisch aufgeregten Umgang mit den reichen Shale-Gas-Vorkommen, die jetzt z.B. den USA Massen Dollars in die Wirtschaft spülen. Werner Langen fand heraus, dass im kleinsten EU-Staat Malta eine

Brüsseler Vorschrift gebrochen wird, die für ausgewogene Bustarife in der ganzen EU sorgen soll. In Malta wie bei uns zu Hause.

Reul hat das Wort: „Der **Industrieausschuss des Europaparlaments ist für eine vorurteilsfreie Prüfung der Schiefergas (Shale-Gas) Förderung.**

Die Gewinnung von Schiefergas kann dazu beitragen, Europas Energiesicherheit zu erhöhen und die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Das ist das Credo des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments. Die Abgeordneten fordern angesichts steigender Nachfrage nach Erdgas, *alle* Potentiale in der EU zu nutzen. Wer Energiesicherheit ernst nimmt, darf keine Technik verdammen.“



Shale-Gas-Förderung in USA

Die Abgeordneten sprachen sich dafür aus, "das Potential

von Schiefergas und -Ölreserven in den EU-Ländern zu ermitteln [...], die Ergebnisse von Pilotprojekten zu analysieren und dabei neben energie- und wirtschaftspolitischen Erwägungen auch Umweltaspekte" mit einzubeziehen. Reul: "Wir Europäer sollten in der Tat zumindest vorurteilsfrei prüfen, ob die Schiefergastechnik machbar ist und unsere Abhängigkeit von Importen reduzieren kann. Dass wir dabei keine Risiken für Umwelt und Gesundheit eingehen dürfen, ist vollkommen klar. Die USA sind dabei kein Vorbild."

Reuls Perspektive: "Ich freue mich, dass der Ausschuss zu dieser Position der Vernunft gefunden hat. Wir Europäer haben bei der Energiepolitik die Chance, es besser zu machen. Dabei müssen wir die nationale Brille abnehmen, denn Europa kann nur dann seine Energiesicherheit entscheidend steigern, wenn die Energiepotentiale länder- und regionenspezifisch bestmöglich genutzt werden. Tabus darf es dabei keine geben."

Dr. Langen hat das Wort: Die EU-Kommission ist verpflichtet, die uneingeschränkte Achtung des in den Europäischen Verträgen verankerten *Verbots der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit* ebenso sicherzustellen, wie das freie Bewegungs- und Aufenthaltsrecht aller Unionsbürger. Dies hat die Kommission auf eine schriftliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Langen wiederholt. Es ging darum, dass nach der Privatisierung des öffentlichen Autobusnetzes auf Malta ein Unternehmen für Einwohner

niedrigere Tarife anwendet als für Nichteinwohner. „Einwohner“ sind hier Personen mit maltesischem Ausweis, offiziell registrierte EU-Bürger und Personen mit Aufenthaltserlaubnis. Die Kommission teilte ferner mit, dass sie bezüglich dieser maltesischen Bustarife und deren Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht mit einer Prüfung begann. Langen unterstrich, dass Benachteiligungen dieser Art nicht zulässig sind, auch wenn sie nur kleine Diskriminierungen seien.

Hochtemperatur-Energiespeicher: „Projekt MeMO“ erforscht in Jülich neuartige Batterien für alternative Energien

Die Stromerzeugung aus Windkraft- und Solaranlagen schwankt stark und ist deshalb nicht an den Stromverbrauch gekoppelt. Der Ausbau alternativer („erneuerbare“) Energien ist daher darauf angewiesen, große Energiemengen zu speichern und schnell wieder bereit zu stellen. Neuartige Hochtemperatur-Batterien auf der Basis von Metall-Metalloxid-Verbindungen könnten hierfür eine interessante Alternative sein. Sie versprechen Speicherdichten, die über jenen von Lithiumionen-Batterien liegen. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 4,5 Mio. Euro geförderten Projekt MeMO erforschen Jülicher Wissenschaftler das Potenzial und die Grenzen dieses neuen Batterietyps. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Thomas Rachel MdB hat zum Projektstart das Forschungszentrum Jülich besucht.

Pressekontakt: Tobias Schlößer ++ Tel. 02461 61-4771 ++ t.schloesser@fz-juelich.de

ENERGIEUMWELTKERNKRAFTSTROMPRODUKTIONNEUBAUTENAKW

Medien im Dienst der Energie-Wendepropaganda. Jeder kann es sehen und hören: Angeblich müssen fast nur Privatleute die steigenden Stromkosten als Folge der „Berliner Wende“ tragen, während „Massen“ von Wirtschaftsbetrieben fein heraus sind. Dieser Propaganda widerspricht VCI-Präsident Karl-Ludwig Kley (begrenzt auf den Chemie-Sektor) : „Nur 90 von 1600 Vertretern der Chemiebranche in Deutschland zählen zu den im internationalen Wettbewerb stehenden stromintensiven Unternehmen, die von der Abgabe für ‚erneuerbare‘ Energien befreit sind. Viele andere sind nicht befreit, obwohl auch sie im internationalen Wettbewerb stehen. Dagegen ist die Deutsche Bundesbahn von der Abgabe befreit, obwohl sie **nicht** im internationalen Wettbewerb steht.“

In Frankreich veröffentlichten 30 frühere Direktoren vieler Kernkraftwerke einen Aufruf gegen die Stilllegung des KKW Fessenheim im Elsaß im Jahr 2016 (ältestes franz. KKW seit 1978 in Betrieb). Man sollte keine KKW stilllegen, bevor nicht zuverlässige Pläne für den Ersatz vorliegen. Der Vorstoß der Manager wurde von zwei linken Gewerkschaften und den Bürgermeistern der Region Fessenheim unterstützt. Die französische Sicherheitsagentur ASN hatte nämlich für Fessenheim nach Fukushima zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen angeordnet und eine Betriebsbewilligung bis 2022 erteilt. In den USA haben die Behörden den Reaktor Beaver Valley 1, der technisch identisch und (störungsfrei) ein Jahr älter als Fessenheim ist, die Betriebserlaubnis bis 2037 erteilt. Nachforschungen in deutschen Medien ergaben, dass die Polemik gegen Fessenheim seit mehr als zehn Jahren von Greenpeace gesteuert wird.



Tschechien baut neue Kernkraftwerke. Tschechien will das südböhmische Kernkraftwerk Temelín von zwei auf vier Reaktorblöcke ausbauen. Der Atomstrom-Anteil an der tschechischen Stromproduktion soll deutlich steigen. **Im Gegenzug wird die Ökostrom-Förderung ab 2014 gestrichen.** Auf 50 bis 55 Prozent soll der Anteil der Kernenergie an der ganzen tschechischen Stromproduktion bis zum Jahr 2040 steigen. **Ministerpräsident**

Petr Necas:

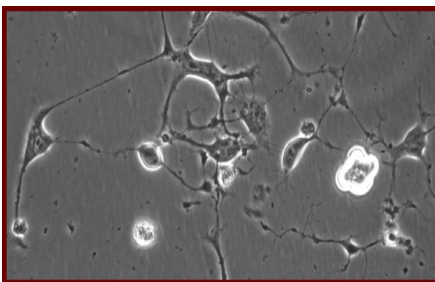
„Es sollen im Kernkraftwerk Temelin mindestens zwei weitere Reaktoren und ein weiterer in der Anlage Dukovany gebaut werden. Der amerikanische Westinghouse Electric und ein Konsortium unter der Leitung der russischen Atomstrojexport haben bereits ein Angebot für das Projekt vorgelegt.“ Die Produktion von Strom aus Kohle soll schrittweise reduziert werden. Im 1985 bis 1987 in Betrieb genommenen Kernkraftwerk Dukovany wird nach den Plänen der Prager liberal-konservativen Regierungskoalition auch die Laufzeit der Reaktoren verlängert. „Wir wollen die tschechische Industrie und die Wirtschaft nicht mehr dazu zwingen, überhöhte Strompreise für elektrische Energie aus ökologischen Quellen bezahlen zu müssen“, erläuterte Wirtschaftsminister Martin Kuba. Verständlich, dass die neuen Pläne selbst bei tschechischen Skeptikern ankommen.



Prager Ministerpräsident Petr Necas

Im Zuge der ideologisch motivierten „Energiewende“ und vermutlich auch unter politischem Druck gibt die **deutsche Industrie** bekanntlich Kernkraftbeteiligungen im Ausland auf. Vor allem Japaner sehen in Großbritannien, das an zwei Standorten 4 - 6 neue Reaktoren plant, einen lukrativen Markt und ein **Sprungbrett für weitere europäische und inter-nationale Geschäfte**. Die neuen KKW's in Großbritannien bedeuten 16.000 neue Arbeitsplätze. Auch die französische EDF und die spanische ESA zeigen Interesse an britischen Nuklearprojekten

Der deutsche Atomausstieg veranlasst E.ON und RWE dazu, sich von einer besonders lukrativen Beteiligung (von zusammen 33 %) zu trennen: vom **Uran-Anreicherer Urenco**.



Nuklearmedizin: Krebsbehandlung

Urenco ist im strategisch wichtigen Geschäft für die weltweite Kernkraftbranche tätig. Der Trust Urenco hält 30 % des weltweiten Marktes, der Auftragsbestand reicht bis 2025. 2011 betrug der Umsatz 1300 Mrd.€, der Gewinn 360 Mill €. Wer politisch gesehen als Käufer möglich wird, ist noch ungewiss. Zu den denkbaren Käufern gehören die französische Areva-Gruppe, der kanadische Uran-Händler Cameco, Toshiba Westinghouse und der Milliardär Li Ka-shing aus Hong-Kong, der in Großbritannien Netzbetreiber ist. Nur selten steht in deutschen Zeitungen, dass über Urenco auch für die **Nuklearmedizin in den Krankenhäuser** gearbeitet wird. Greenpeace z.B weiß, dass Bürger mit Wissen über Nuklearmedizin „ihre kritischen Haltungen zur Atomwirtschaft einbüßen“.

Ohne Bezug zu Tatsachen wird häufig behauptet, Frankreich setze „nur auf Atom“. Das ist falsch. Es werden längst zusätzlich Windkraftanlagen errichtet, 2013 noch mehr. Gezeitenkraftwerke am Meer wurden kürzlich deutschen Freunden als „Energiewende auf Französisch“ gepriesen. Paris fördert alle Arten Energie als „MIX“ incl. Kernkraft. Neuer Stand: Vor der Küste der Bretagne entsteht das erste, lange geplante Gezeiten-Strömungskraftwerk auf dem Meeresgrund. Die Testanlage mit 2,2 MW Leistung soll 2013/2014 in Betrieb gehen. Ein erstes frz. Gezeitenkraftwerk arbeitet längst in LaRance.

Dagegen halten fast alle französischen Planer das Wüstenstromprojekt Desertec für fast tot. Die Gesellschafterverträge laufen Ende 2012 aus, Siemens, das seine Fotovoltaik-Aktivitäten abstößt, und auch Bosch haben ihren Rückzug angekündigt. Allein das Pilotprojekt in Marokko soll bleiben und 1 Mrd.€ kosten. Insgesamt sollte Desertec einmal 400 Mrd. € auf dem Papier kosten. In Paris glaubt niemand mehr, Desertec über Marokko hinaus in andere erwünschte Staaten ausdehnen zu können.

Pressekonferenz von BKanzlerin Angela Merkel nach dem Europäischen Rat
Fr. 23.11.2012, Brüssel, unkorrigiertes, gekürztes Protokoll

Zu diesem EXTRA von ContraSalon: Genaue Beobachtung der Medien am 23. u. 24.11. hat Erwartetes offenbart: Es ist weitgehend, wenn auch nicht ganz unmöglich, das wuselige und gereizte Klima einer EU-Pressekonferenz auf dem Höhepunkt von Entscheidungen oder auch verschobenen Entscheidungen abzubilden. Da ich das Roh-Prokoll habe, entschied ich, ContraSalon zu kürzen und leider auch das Protokoll mit dem Versuch, starke Stellen dabei möglichst zu erhalten. JW



Kanzlerin auf EU-Sondergipfel

MERKEL: Wir haben jetzt in einer sehr ausführlichen Mittagsrunde, die sich bis in den Nachmittag hingezogen hat, unsere Meinungen ausgetauscht und im Anschluss daran unserem Präsidenten Herman **Van Rompuy**, ein Mandat gegeben, um...in den nächsten Wochen einen Konsens für die finanzielle Vorausschau von 2014 bis 2020 zu finden, und zwar unter 27 Mitgliedstaaten. ...bilaterale Gespräche und die konstruktive Diskussion heute Mittag haben ein ausreichendes Maß an Potenzial für eine Einigung aufgezeigt, so dass wir glauben, dass es möglich ist, dass Anfang nächsten Jahres eine Vereinbarung erzielt werden kann. Wir sind, so unsere gemeinsame Auf-

fassung der 27, in der Lage, unsere unterschiedlichen Auffassungen zu überbrücken...

Die Diskussion war heute davon geleitet, dass wir ein solches Budget brauchen, und zwar alle 27 Staaten zusammen. Unsere Kollegin aus Litauen, Dalia Grybauskaitė, hat noch einmal deutlich gemacht - sie war ja Haushaltskommissarin in der Europäischen Kommission - was es bedeuten würde, wenn wir eine ..Vereinbarung nicht finden würden. Insofern war der Geist dieser Beratung ein wirklich freundschaftlicher, ein sehr konstruktiver, ohne dass man darüber hinweggesehen hat, dass es durchaus noch unterschiedliche Sichtweisen gibt.

...**FRAGE:** Frau Bundeskanzlerin, Sie haben jetzt mehrmals betont, dass man eine Einigung der 27 erreichen will. Gab es denn einen - sprich Großbritannien -, der im Vorfeld des Gipfels als isoliert galt, und der bewusst integriert werden könnte?

MERKEL: Wir haben gerade am Ende der Diskussion noch einmal deutlich gemacht, dass wir aufhören sollten, immer wieder diese Aufteilung zwischen Empfängerländern und Nettozahlern vorzunehmen. Die Positionen der Nettozahler sind unterschiedlich, und die Positionen der Empfängerländer sind auch unterschiedlich...

...Nur dann, wenn wir einstimmig agieren, und nur dann, wenn wir einstimmig entscheiden, ist es möglich, eine wirklich belastbare finanzielle Vorausschau hinzubekommen. Wir haben uns entschieden, deshalb zu sagen: Wir glauben, wir sind in der Lage, die unterschiedlichen Sichtweisen zu überbrücken und eine Einigung hinzubekommen.

Die 27 wird deshalb so betont, weil alle gebraucht werden, um wirklich eine Planbarkeit, eine Vorausschau im eigentlichen Sinne des Wortes zu erreichen und nicht nur jedes halbe Jahr wieder darüber nachzudenken, welches Geld man für welches Infrastrukturprojekt in 3 Monaten erhält oder braucht. .Wir haben noch Zeit ...Es geht um den Beginn des nächsten Jahres. Herman Van Rompuy als unser Präsident wird uns mitteilen, wann er glaubt, dass er so weit sein wird...

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, britische Diplomaten haben erzählt, dass Sie durchaus auch Sympathie für die Position Camerons hatten. War das nur dem Gedanken geschuldet, dass Sie ihn nicht isolieren wollten?

MERKEL: Besondere Sympathie habe ich erst einmal für meine eigene Position, und dann habe ich für alle anderen 26 so viel Sympathie, dass Deutschland einen guten Beitrag leisten kann, um eine 27er-Einigung hinzubekommen. Dabei ist keiner von meiner Sympathie ausgeschlossen...

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, es hat diese Woche zwei wichtige europäische Treffen gegeben, die zu keinem Ergebnis geführt haben. Fürchten Sie möglicherweise negative Auswirkungen?

MERKEL: Nein, die fürchte ich überhaupt nicht. Ich habe von Anfang an gesagt,... dass wir hier zwei Etappen brauchen. Wir müssen hier nichts übers Knie brechen. Die finanzielle Vorausschau kann 2014 ganz planmäßig in Kraft treten, wenn wir uns zu Beginn des Jahres 2013 einigen... Als ich hierhin gefahren bin, erschien mir manches völlig unüberwindbar, doch gerade die gemeinsame Diskussion beim Mittagessen im Lichte der Tatsache, dass alle nachts schlafen konnten und dadurch ausgeruht waren war doch so, dass man den Willen und die gemeinsame Anstrengung gespürt hat, sich einzubringen. Das gilt ausnahmslos für jeden.



Merkel in der EVP-Fraktion (Ferber,Reul)

FRAGE: Wenn man sich Herrn Van Rompuys zweiten Vorschlag ansieht vor allem den Teil der Verwaltungsausgaben, dann sieht man, dass dort, wo Beträge stehen sollen, noch sehr häufig ein "X" steht. Bei den Einsparungen, die die EU-Institutionen erbringen sollen, steht also überall noch "XXX". Ist es korrekt, anzunehmen, dass Sie dort gerne noch Einschnitte erreichen würden und dass Sie meinen, dass es dort noch Möglichkeiten gibt, zu sparen?...

MERKEL: Wir hatten uns, als wir beieinandersaßen, vorgenommen, dass wir genau das nicht machen, nämlich unsere Verhandlungen in der Öffentlichkeit weiterzuführen. Es gibt in der Tat eine Vielzahl von X-Ziffern in diesen Tabellen, und ich habe nicht die Absicht, die jetzt auszufüllen...

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, wenn das Klima so gut war, wenn Sie die Chance dafür gesehen haben, dass sich alle so einig sind, und wenn sie Einigungswillen gezeigt haben, warum hat man dann heute nicht wenigstens versucht, eine Einigung zu erzielen?

MERKEL: Wir haben das abgewogen. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass die Arbeit geleistet werden kann, dass die aber, wenn sie gründlich geleistet wird, doch noch eine ganze Zeit dauern könnte. Wir haben uns dann entschieden, dass wir Herman Van Rompuy lieber im Sinne von "Gründlichkeit vor Schnelligkeit" den Auftrag geben...

FRAGE: Frau Bundeskanzlerin, könnten Sie die deutsche Position noch einmal genauer beschreiben? Wo sind Sie eher - bei den Einsparungen, die Cameron fordert, oder bei einer Ausweitung der Agrar-subsidien, die die Franzosen gerne hätten?

MERKEL: Wir haben eine ganze Zahl von Anmerkungen gemacht; die habe ich aber im bilateralen Gespräch gemacht. Wir können uns Reduktionen vorstellen, waren aber auch mit einigen Positionen insgesamt noch nicht zufrieden. Das ist aber das, was eigentlich jedes Land an Anmerkungen zu machen gehabt hat. Wir haben Rabattfragen zu klären, wie andere Länder auch. Das werden wir ganz vernünftig einbringen.

FRAGE: Ein Punkt war ja die Frage, ob das Verwaltungsbudget noch einmal heruntergefahren wird. Gab es dazu Vorschläge vonseiten Van Rompuys? Sehen Sie dafür Spielraum? Das ist ja auf jeden Fall etwas, das David Cameron verlangt.

MERKEL: Zuerst einmal muss man sagen, dass es gegenüber der jetzigen finanziellen Periode in allen vorliegenden Vorschläge durchaus eine Steigerung gibt. Insofern kann man von "noch einmal herunter fahren" nicht reden. Es gibt keine Position, zu der man von vornherein irgendwie sagen kann: Auf die darf man gar keinen Blick werfen. Insofern ist natürlich auch darüber gesprochen worden. Ich sage noch einmal: Ich möchte mich heute im Sinne des guten Geistes nicht zu den einzelnen Positionen äußern...

FRAGE: Ich hätte gerne bei Griechenland, angeknüpft. Nun ist heute keine Einigung erzielt worden. Es wird versucht, Sie im nächsten Jahr zu erzielen. In Bezug auf Griechenland gab es in dieser Woche auch keine Einigung. Sorgen Sie sich eigentlich, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Europäer dadurch erschüttert ist?

MERKEL: Ich beantworte die Frage gerne noch einmal, aber sie ist mir fast wortgleich schon gestellt worden. Ich habe keine Sorge, weil ich zu der finanziellen Vorausschau gesagt habe, dass wir sehr vorbereitend tätig geworden sind. Wir hätten uns jetzt gar nicht treffen müssen, wenn wir nicht alle der Meinung gewesen wären, dass wir das noch zur rechten Zeit machen wollten. Wir wussten, dass wir mit einem solchen Treffen auch ein gewisses Risiko eingehen, weil manch einer sagt: Ihr habt ja noch so viel Zeit bis zum 1. Januar 2014. – Ich finde, dass wir jetzt zu einem guten Prozess gekommen sind, den wir dann auch gründlich zu Ende führen können.



Recherchiert und geschrieben von Jürgen Wahl
Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG + Tel. 0228 – 324381
e -mail: post@jwahl.de

[Deine / Ihre Spende deckt Kosten - bitte auf mein
Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl
37069805](#)

Beste Wünsche Zum Advent !